

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

45 (22.2.1928)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musik- und Sport- und Spiel- / Primat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen - Frauenclub

Bezugpreis monatlich 2.30 Mark o. ohne Zusendung 2. Mark o. Durch die Post
2.40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich
vormittags 11 Uhr o. Postfach 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe
L. D., Bahnhofsstr. 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach 2050 Karlsruhe, Baden-
str. 22; Baden-Döben, Friedrichstr. 26; Rastatt, Friedrichstr. 10; Offenburg, Langstr. 27

Bezugpreis monatlich 2.30 Mark o. ohne Zusendung 2. Mark o. Durch die Post
2.40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich
vormittags 11 Uhr o. Postfach 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe
L. D., Bahnhofsstr. 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach 2050 Karlsruhe, Baden-
str. 22; Baden-Döben, Friedrichstr. 26; Rastatt, Friedrichstr. 10; Offenburg, Langstr. 27

Nummer 45 Karlsruhe - Mittwoch, den 22. Februar 1928 48. Jahrgang

Der Kampf in der Metallindustrie Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches

Im Lohnstreit der mitteldeutschen Metallindustriellen hat das Reichsarbeitsministerium am Dienstag die Schiedsprüche vom 18. Februar im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt.

Wird uns aus Mitteldeutschland heute früh gedruckt: Die Metallindustriellen haben sofort nach der Verbindlichkeits-erklärung durchblicken lassen, daß der Termin für die Durchführung des Schiedspruches zunächst um acht Tage verschoben wird. Begründung führten sie an, daß die Arbeiter trotz der Verbindlichkeitsklärung wahrscheinlich nicht in die Betriebe zurückkehren würden. In Wirklichkeit wollen sie nur den starken Mann sein, denn es ist ihnen beabsichtigt, etwas zeitlich zu summen, die durch den Streik, die ganze deutsche Wirtschaft in den Aufruhr zu versetzen, wenn über den 3. Febr. Schiedspruch hinaus-geht, ist nämlich, trotz des 5. Febr. Schiedspruches, die Schiedsprüche vom 18. Febr. und dem 19. Febr. in der Ver-einbarung zu schließen. So mag er das Ergebnis für die Metallindustriellen sein, die Schiedsprüche vom 18. Febr. (Schiedspruch) auch sein mag, — eines steht fest: die harte Kampf-zeit der mitteldeutschen Metallarbeiter hat die Schiedsprüche gewonnen, über den 3. Febr. Schiedspruch hinaus-geht. Der Preisverlust ist unermesslich auf Seiten der Metall-arbeiter, während die Metallarbeiter für sich mindestens einen moralischen Erfolg buchen können.

Der Erfolg der Frühjahrslohnbewegung und der Erfolg bei den Wahlen gesichert? Das Gesamtziel muß bei der Arbeiterschaft unverändert feststehen. Wie in jedem, so gilt auch im sozialen Krieg, in den großen Arbeitskämpfen das strategische Gesetz, daß der Vormarsch an irgend einem Punkt immer nur soweit durchzuführen werden kann, als dadurch nicht die Gesamtfrente gefährdet wird. Mit Draufgängerartem gewinnt man gelegentlich Schlachten, aber keinen Feldzug, und deshalb ist jetzt beim Abbruch des mitteldeutschen Metallarbeiterkampfes erst recht Disziplin das oberste Gebot.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller erläßt folgende provozierende Erklärung:

„Die Schiedsprüche im Arbeitsstreit der mitteldeutschen Metallindustrie sind gegen den Willen beider Parteien, vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse von Amtswegen verbindlich erklärt worden. Die Arbeiterschaft wird selbstverständlich alle juristischen Konsequenzen aus der Verbindlichkeitsklärung ziehen und soweit das möglich ist, die Arbeiter, ohne Maßregelungen vorzunehmen, wieder einstellen.“

Da mehrfach von Gemerheitsparteien und in der Arbeitnehmerspreche zum Ausdruck gekommen ist, daß möglicherweise der Kampf durch die Verbindlichkeitsklärung noch nicht beendet würde und infolgedessen damit zu rechnen ist, daß die Arbeit in mitteldeutschen Streikfabriken nicht oder nicht im vollen Umfange wieder aufgenommen wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller be-

schlossen, den Aussperrungstermin auf Mittwoch den 29. Februar dieses Jahres mit Arbeitsstillstand zu verschieben.

Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, zu diesem späteren Zeitpunkt die Aussperrung in Wirksamkeit zu setzen, so würde sie nicht die Befämpfung der für verbindlich erklärten Sprüche, sondern lediglich die Abwehr der rechtswidrigen Fortsetzung des Kampfes durch die Arbeiter zum Ziel haben. Dabei wird aber ausdrücklich bemerkt, daß die Aufhebung der Aussperrung sofort erfolgen wird, sobald die Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt sind.

Von der Hallenser Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird mitgeteilt, daß Voraussetzungen über die Konsequenzen der Verbindlichkeitsklärung der Berliner Schiedsprüche sich heute nicht machen ließen, da erst der Bericht der nach Berlin entsandten Delegation abgewartet werden müsse. Zu der Verbindlichkeitsklärung wird erst heute (Mittwoch) in einer Bezirkskonferenz Stellung genommen. Gegenüber der Erklärung des Gesamtverbandes der deutschen Metallindustriellen wird darauf hingewiesen, daß die Frage noch durchaus umstritten sei, ob eine Nichtwiederaufnahme der Arbeit als eine rechtswidrige Fortsetzung des Kampfes zu betrachten sei, da das Arbeitsverhältnis durch die Aussperrung unterbrochen und sämtlichen Arbeitnehmern die Papiere zugestellt worden seien.

Das Ergebnis von Havanna

U.S.A. verhindern unbenommen Beschlüsse

Von unserm außenpolitischen Mitarbeiter erhalten wir folgende zusammenfassende Darstellung über den am Montag zu Ende gegangenen panamerikanischen Kongress von Havanna.

Nachdem Mexiko durch eine Dollaranleihe der Mund gestopft war, der am meisten zur Klage berechtigte Staat sich also ruhmverdielt, war es in Havanna für die übrigen Delegierten viel schwieriger geworden, wider den Stachel zu löden. Einzelne Vorschläge sind dennoch erfolgt, vor allem durch den argentinischen Vertreter Pueyrredon, und den Delegierten von Salvador, Guerrero.

Der ehemalige argentinische Außenminister, Pueyrredon, der bereits im Jahre 1920 Proben seines Draufgängerartums geliefert hatte, als er in Genf wohlgerne, aber verfrühten Anträge zur Genehmigung durch den Völkerbund einbrachte, und nach deren Ablehnung die weitere Mitarbeit Argentiniens im Völkerbund sofort einstellte, richtete einen scharfen

Mecklenburg-Strelitz ohne Regierung

Die Folge der Spalterparteien

Neu-Strelitz, 22. Februar (Funkdienst). Der neugewählte Landtag von Mecklenburg-Strelitz ist am Dienstag zum erstenmal zusammengetreten. Er wählte mit 33 von 35 Stimmen den Sozialdemokraten Dr. Foth zum Präsidenten. Nahezu 6 Stunden währten sodann die heftigen Auseinandersetzungen über die Wahl der neuen Regierung. Das Ergebnis war, daß zwar die alte Regierung abberufen und auch die Geschäftsführung nicht gebildet wird, daß aber für eine neue Regierung auf irgend einer Basis keine Mehrheit zu erzielen war.

Die Vertrauensfrage wurde hinsichtlich Dr. v. Reibnitz (Soz.) mit 19 gegen 16 Stimmen verneint. Das Vertrauen hinsichtlich Dr. Seipert (Dt. Vpt.) wurde mit 18 gegen 17 Stimmen verneint.

Mecklenburg-Strelitz ist demnach von heute ab ohne Regierung. Die üblichen Folgen des Einflusses der Spalterparteien offenbarten sich in dieser Verhandlung geradezu niederdrückend. Ueber die weiteren Schritte wird sich der Völkerrat des Landtages erst noch schlüssig werden müssen.

Banken und norwegische Regierung

Die am Dienstag begonnene Erklärung über die Erklärung der neuen norwegischen Regierung wurde noch am gleichen Tage mit einer Abstimmung über einen Misstrauensantrag der Arbeiterpartei beendet. Der Antrag verfiel der Ablehnung mit 85 gegen 62 Stimmen. Die Führer der Reichsparteien und der Agrarier stimmten gegen das Misstrauensvotum.

Im Verlauf der Debatte verwies der Führer der gestürzten Arbeiterregierung Hornsrud zunächst darauf, daß die Banken sein Kabinett zwingen wollten, einen großen Teil ihrer Verluste zu tragen. Diese Zumutung habe die Arbeiterregierung abgelehnt, und deshalb sei sie gestürzt worden.

Von der Regierung wurde im Laufe der Debatte u. a. mitgeteilt, daß die von der Arbeiterregierung für das Jahr 1928 geplanten Einkünfte der Militärrenten nicht erfolgen solle. Auch die anderen von der Arbeiterregierung vorbereiteten Pläne habe das neue Kabinett fallen lassen.

Innerhalb der kommunistischen Partei Norwegens ist wegen der Unterstützung der vorigen Arbeiterregierung durch die kommunistischen Abgeordneten ein neuer Streit entstanden. Mostau wünschte den offenen Kampf gegen das Arbeiterkabinett. Die kommunistischen Abgeordneten hatten sich diesem Befehl nicht gefügt. Es ist zu erwarten, daß sie jetzt zum großen Teil zu der Arbeiterpartei übertreten.

Hungersnot in Albanien

Die albanische Regierung hat den Völkerbundrat um Hilfe gegen die seit Wochen in ihrem Lande zu herrschende Hungersnot gebeten. Nordalbanien war schon 1924 infolge einer Missernte von Hungersnot bedroht. Damals hat der Völkerbund ebenfalls die erste Hilfe geleistet.

Indische Kriegsflotte

Die indische ablegebene Versammlung beschloß am Dienstag mit 55 gegen 54 Stimmen einen Geleitzentwurf, der die Grundlagen für die Schaffung einer selbstständigen indischen Kriegsflotte unter britischer Führung schaffen sollte, von der Tagesordnung abzuleiten. Der Geleitzentwurf sieht die Beklebung eines Drittels der Offiziersstellen durch Indier vor.

Soll dies wohl der verfassungsmäßige Fortschritt Indiens im Zeichen der Kriegsflotte sein?

Die Regierungsbildung in Hamburg

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei in Hamburg, Gen. Leuterich, erklärt, daß die Sozialdemokraten im Gegenstand der Entscheidung nach den Wahlen vom 9. Oktober v. J. nach den damals gemachten Erfahrungen keinen Antrag an die Kommunisten zur Mitarbeit in der Regierung stellen werden, und daß sie sich auf eine etwaige Einbindung der Kommunisten nicht zu einer Verhandlungsbasis hergeben würden.

Das „Hamburger Echo“ schreibt, die Sozialdemokratie werde darauf dringen, daß der Senat, der immer noch auf dem Wahlergebnis von 1924 beruhe, dem neuen parlamentarischen Verhältnis angemessen, umgebildet wird. Wie der „Hamburger Anzeiger“ erzählt, wird der bisherige Präsident der Bürgerschaft, Koch, von den Sozialdemokraten voraussichtlich zum zweiten Bürgermeister vorgeschlagen werden.

den Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Wesen der panamerikanischen Union stünden. Aber nur wenige Delegierten sekundierten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Völkern, die sich in völliger Abhängigkeit des New Yorker Bankkapitals befinden, z. B. Cuba, Peru und Panamas. Argentiniens Vorkämpfer, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havannakonferenz zurückzog.

Empfänger war der Vorkämpfer des Vorkämpfers von Salvador, Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der schon ein Jahr lang sein Land im Generalkongress vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der panamerikanischen Union sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mittelstaates einzumischen das Recht hat. Diese deutliche Anspielung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte des amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er versicherte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr wohl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Getreuen setzte es Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll. Man begnügte sich — ganz nach Generals Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffskrieg“ verdammt.

Das ist ein mageres Ergebnis nach all dem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist den amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbenommen Beschlüsse zu verhindern.

den Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Wesen der panamerikanischen Union stünden. Aber nur wenige Delegierten sekundierten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Völkern, die sich in völliger Abhängigkeit des New Yorker Bankkapitals befinden, z. B. Cuba, Peru und Panamas. Argentiniens Vorkämpfer, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havannakonferenz zurückzog.

Empfänger war der Vorkämpfer des Vorkämpfers von Salvador, Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der schon ein Jahr lang sein Land im Generalkongress vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der panamerikanischen Union sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mittelstaates einzumischen das Recht hat. Diese deutliche Anspielung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte des amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er versicherte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr wohl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Getreuen setzte es Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll. Man begnügte sich — ganz nach Generals Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffskrieg“ verdammt.

Das ist ein mageres Ergebnis nach all dem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist den amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbenommen Beschlüsse zu verhindern.

den Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Wesen der panamerikanischen Union stünden. Aber nur wenige Delegierten sekundierten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Völkern, die sich in völliger Abhängigkeit des New Yorker Bankkapitals befinden, z. B. Cuba, Peru und Panamas. Argentiniens Vorkämpfer, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havannakonferenz zurückzog.

Empfänger war der Vorkämpfer des Vorkämpfers von Salvador, Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der schon ein Jahr lang sein Land im Generalkongress vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der panamerikanischen Union sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mittelstaates einzumischen das Recht hat. Diese deutliche Anspielung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte des amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er versicherte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr wohl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Getreuen setzte es Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll. Man begnügte sich — ganz nach Generals Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffskrieg“ verdammt.

Das ist ein mageres Ergebnis nach all dem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist den amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbenommen Beschlüsse zu verhindern.

den Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Wesen der panamerikanischen Union stünden. Aber nur wenige Delegierten sekundierten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Völkern, die sich in völliger Abhängigkeit des New Yorker Bankkapitals befinden, z. B. Cuba, Peru und Panamas. Argentiniens Vorkämpfer, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havannakonferenz zurückzog.

Empfänger war der Vorkämpfer des Vorkämpfers von Salvador, Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der schon ein Jahr lang sein Land im Generalkongress vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der panamerikanischen Union sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mittelstaates einzumischen das Recht hat. Diese deutliche Anspielung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte des amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er versicherte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr wohl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Getreuen setzte es Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll. Man begnügte sich — ganz nach Generals Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffskrieg“ verdammt.

Das ist ein mageres Ergebnis nach all dem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist den amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbenommen Beschlüsse zu verhindern.

den Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Wesen der panamerikanischen Union stünden. Aber nur wenige Delegierten sekundierten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Völkern, die sich in völliger Abhängigkeit des New Yorker Bankkapitals befinden, z. B. Cuba, Peru und Panamas. Argentiniens Vorkämpfer, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havannakonferenz zurückzog.

Empfänger war der Vorkämpfer des Vorkämpfers von Salvador, Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der schon ein Jahr lang sein Land im Generalkongress vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der panamerikanischen Union sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mittelstaates einzumischen das Recht hat. Diese deutliche Anspielung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte des amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er versicherte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr wohl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Getreuen setzte es Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll. Man begnügte sich — ganz nach Generals Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffskrieg“ verdammt.

Das ist ein mageres Ergebnis nach all dem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist den amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbenommen Beschlüsse zu verhindern.

den Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Wesen der panamerikanischen Union stünden. Aber nur wenige Delegierten sekundierten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Völkern, die sich in völliger Abhängigkeit des New Yorker Bankkapitals befinden, z. B. Cuba, Peru und Panamas. Argentiniens Vorkämpfer, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havannakonferenz zurückzog.

Empfänger war der Vorkämpfer des Vorkämpfers von Salvador, Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der schon ein Jahr lang sein Land im Generalkongress vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der panamerikanischen Union sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mittelstaates einzumischen das Recht hat. Diese deutliche Anspielung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte des amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er versicherte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr wohl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Getreuen setzte es Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll. Man begnügte sich — ganz nach Generals Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffskrieg“ verdammt.

Das ist ein mageres Ergebnis nach all dem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist den amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbenommen Beschlüsse zu verhindern.

den Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Wesen der panamerikanischen Union stünden. Aber nur wenige Delegierten sekundierten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Völkern, die sich in völliger Abhängigkeit des New Yorker Bankkapitals befinden, z. B. Cuba, Peru und Panamas. Argentiniens Vorkämpfer, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havannakonferenz zurückzog.

Empfänger war der Vorkämpfer des Vorkämpfers von Salvador, Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der schon ein Jahr lang sein Land im Generalkongress vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der panamerikanischen Union sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mittelstaates einzumischen das Recht hat. Diese deutliche Anspielung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte des amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er versicherte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr wohl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Getreuen setzte es Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll. Man begnügte sich — ganz nach Generals Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffskrieg“ verdammt.

Das ist ein mageres Ergebnis nach all dem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist den amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbenommen Beschlüsse zu verhindern.

den Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Wesen der panamerikanischen Union stünden. Aber nur wenige Delegierten sekundierten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Völkern, die sich in völliger Abhängigkeit des New Yorker Bankkapitals befinden, z. B. Cuba, Peru und Panamas. Argentiniens Vorkämpfer, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havannakonferenz zurückzog.

Empfänger war der Vorkämpfer des Vorkämpfers von Salvador, Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der schon ein Jahr lang sein Land im Generalkongress vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der panamerikanischen Union sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mittelstaates einzumischen das Recht hat. Diese deutliche Anspielung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte des amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er versicherte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr wohl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Getreuen setzte es Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll. Man begnügte sich — ganz nach Generals Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffskrieg“ verdammt.

Das ist ein mageres Ergebnis nach all dem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist den amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbenommen Beschlüsse zu verhindern.

den Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Wesen der panamerikanischen Union stünden. Aber nur wenige Delegierten sekundierten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Völkern, die sich in völliger Abhängigkeit des New Yorker Bankkapitals befinden, z. B. Cuba, Peru und Panamas. Argentiniens Vorkämpfer, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havannakonferenz zurückzog.

Empfänger war der Vorkämpfer des Vorkämpfers von Salvador, Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der schon ein Jahr lang sein Land im Generalkongress vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der panamerikanischen Union sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mittelstaates einzumischen das Recht hat. Diese deutliche Anspielung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte des amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er versicherte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr wohl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Getreuen setzte es Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll. Man begnügte sich — ganz nach Generals Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffskrieg“ verdammt.

Das ist ein mageres Ergebnis nach all dem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist den amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbenommen Beschlüsse zu verhindern.

den Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Wesen der panamerikanischen Union stünden. Aber nur wenige Delegierten sekundierten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Völkern, die sich in völliger Abhängigkeit des New Yorker Bankkapitals befinden, z. B. Cuba, Peru und Panamas. Argentiniens Vorkämpfer, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havannakonferenz zurückzog.

Empfänger war der Vorkämpfer des Vorkämpfers von Salvador, Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der schon ein Jahr lang sein Land im Generalkongress vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der panamerikanischen Union sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mittelstaates einzumischen das Recht hat. Diese deutliche Anspielung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte des amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er versicherte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr wohl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Getreuen setzte es Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll. Man begnügte sich — ganz nach Generals Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffskrieg“ verdammt.

Das ist ein mageres Ergebnis nach all dem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist den amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbenommen Beschlüsse zu verhindern.

den Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Wesen der panamerikanischen Union stünden. Aber nur wenige Delegierten sekundierten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Völkern, die sich in völliger Abhängigkeit des New Yorker Bankkapitals befinden, z. B. Cuba, Peru und Panamas. Argentiniens Vorkämpfer, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havannakonferenz zurückzog.

Empfänger war der Vorkämpfer des Vorkämpfers von Salvador, Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der schon ein Jahr lang sein Land im Generalkongress vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der panamerikanischen Union sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mittelstaates einzumischen das Recht hat. Diese deutliche Anspielung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte des amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er versicherte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr wohl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Getreuen setzte es Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll. Man begnügte sich — ganz nach Generals Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffskrieg“ verdammt.

Das ist ein mageres Ergebnis nach all dem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist den amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbenommen Beschlüsse zu verhindern.

den Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Wesen der panamerikanischen Union stünden. Aber nur wenige Delegierten sekundierten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Völkern, die sich in völliger Abhängigkeit des New Yorker Bankkapitals befinden, z. B. Cuba, Peru und Panamas. Argentiniens Vorkämpfer, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havannakonferenz zurückzog.

Empfänger war der Vorkämpfer des Vorkämpfers von Salvador, Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der schon ein Jahr lang sein Land im Generalkongress vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der panamerikanischen Union sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mittelstaates einzumischen das Recht hat. Diese deutliche Anspielung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte des amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er versicherte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr wohl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Getreuen setzte es Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll. Man begnügte sich — ganz nach Generals Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffskrieg“ verdammt.

Das ist ein mageres Ergebnis nach all dem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist den amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbenommen Beschlüsse zu verhindern.

Die Regierungsbildung in Hamburg

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei in Hamburg, Gen. Leuterich, erklärt, daß die Sozialdemokraten im Gegenstand der Entscheidung nach den Wahlen vom 9. Oktober v. J. nach den damals gemachten Erfahrungen keinen Antrag an die Kommunisten zur Mitarbeit in der Regierung stellen werden, und daß sie sich auf eine etwaige Einbindung der Kommunisten nicht zu einer Verhandlungsbasis hergeben würden.

Das „Hamburger Echo“ schreibt, die Sozialdemokratie werde darauf dringen, daß der Senat, der immer noch auf dem Wahlergebnis von 1924 beruhe, dem neuen parlamentarischen Verhältnis angemessen, umgebildet wird. Wie der „Hamburger Anzeiger“ erzählt, wird der bisherige Präsident der Bürgerschaft, Koch, von den Sozialdemokraten voraussichtlich zum zweiten Bürgermeister vorgeschlagen werden.

Die Regierungsbildung in Hamburg

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei in Hamburg, Gen. Leuterich, erklärt, daß die Sozialdemokraten im Gegenstand der Entscheidung nach den Wahlen vom 9. Oktober v. J. nach den damals gemachten Erfahrungen keinen Antrag an die Kommunisten zur Mitarbeit in der Regierung stellen werden, und daß sie sich auf eine etwaige Einbindung der Kommunisten nicht zu einer Verhandlungsbasis hergeben würden.

Das „Hamburger Echo“ schreibt, die Sozialdemokratie werde darauf dringen, daß der Senat, der immer noch auf dem Wahlergebnis von 1924 beruhe, dem neuen parlamentarischen Verhältnis angemessen, umgebildet wird. Wie der „Hamburger Anzeiger“ erzählt, wird der bisherige Präsident der Bürgerschaft, Koch, von den Sozialdemokraten voraussichtlich zum zweiten Bürgermeister vorgeschlagen werden.

Die Regierungsbildung in Hamburg

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei in Hamburg, Gen. Leuterich, erklärt, daß die Sozialdemokraten im Gegenstand der Entscheidung nach den Wahlen vom 9. Oktober v. J. nach den damals gemachten Erfahrungen keinen Antrag an die Kommunisten zur Mitarbeit in der Regierung stellen werden, und daß sie sich auf eine etwaige Einbindung der Kommunisten nicht zu einer Verhandlungsbasis hergeben würden.

Das „Hamburger Echo“ schreibt, die Sozialdemokratie werde darauf dringen, daß der Senat, der immer noch auf dem Wahlergebnis von 1924 beruhe, dem neuen parlamentarischen Verhältnis angemessen, umgebildet wird. Wie der „Hamburger Anzeiger“ erzählt, wird der bisherige Präsident der Bürgerschaft, Koch, von den Sozialdemokraten voraussichtlich zum zweiten Bürgermeister vorgeschlagen werden.

Die Regierungsbildung in Hamburg

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei in Hamburg, Gen. Leuterich, erklärt, daß die Sozialdemokraten im Gegenstand der Entscheidung nach den Wahlen vom 9. Oktober v. J. nach den damals gemachten Erfahrungen keinen Antrag an die Kommunisten zur Mitarbeit in der Regierung stellen werden, und daß sie sich auf eine etwaige Einbindung der Kommunisten nicht zu einer Verhandlungsbasis hergeben würden.

Das „Hamburger Echo“ schreibt, die Sozialdemokratie werde darauf dringen, daß der Senat, der immer noch auf dem Wahlergebnis von 1924 beruhe, dem neuen parlamentarischen Verhältnis angemessen, umgebildet wird. Wie der „Hamburger Anzeiger“ erzählt, wird der bisherige Präsident der Bürgerschaft, Koch, von den Sozialdemokraten voraussichtlich zum zweiten Bürgermeister vorgeschlagen werden.

Die Regierungsbildung in Hamburg

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei in Hamburg, Gen. Leuterich, erklärt, daß die Sozialdemokraten im Gegenstand der Entscheidung nach den Wahlen vom 9. Oktober v. J. nach den damals gemachten Erfahrungen keinen Antrag an die Kommunisten zur Mitarbeit in der Regierung stellen werden, und daß sie sich auf eine etwaige Einbindung der Kommunisten nicht zu einer Verhandlungsbasis hergeben würden.

Das „Hamburger Echo“ schreibt, die Sozialdemokratie werde darauf dringen, daß der Senat, der immer noch auf dem Wahlergebnis von 1924 beruhe, dem neuen parlamentarischen Verhältnis angemessen, umgebildet wird. Wie der „Hamburger Anzeiger“ erzählt, wird der bisherige Präsident der Bürgerschaft, Koch, von den Sozialdemokraten voraussichtlich zum zweiten Bürgermeister vorgeschlagen werden.

Die Regierungsbildung in Hamburg

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei in Hamburg, Gen. Leuterich, erklärt, daß die Sozialdemokraten im Gegenstand der Entscheidung nach den Wahlen vom 9. Oktober v. J. nach den damals gemachten Erfahrungen keinen Antrag an die Kommunisten zur Mitarbeit in der Regierung stellen werden, und daß sie sich auf eine etwaige Einbindung der Kommunisten nicht zu einer Verhandlungsbasis hergeben würden.

Das „Hamburger Echo“ schreibt, die Sozialdemokratie werde darauf dringen, daß der Senat, der immer noch auf dem Wahlergebnis von 1924 beruhe, dem neuen parlamentarischen Verhältnis angemessen, umgebildet wird. Wie der „Hamburger Anzeiger“ erzählt, wird der bisherige Präsident der Bürgerschaft, Koch, von den Sozialdemokraten voraussichtlich zum zweiten Bürgermeister vorgeschlagen werden.

den Vereinigten Staaten, die im Widerspruch zum Wesen der panamerikanischen Union stünden. Aber nur wenige Delegierten sekundierten ihm, denn Washington zählt in Zentral- und Südamerika einige Völkern, die sich in völliger Abhängigkeit des New Yorker Bankkapitals befinden, z. B. Cuba, Peru und Panamas. Argentiniens Vorkämpfer, worauf Pueyrredon sich von den Verhandlungen der Havannakonferenz zurückzog.

Empfänger war der Vorkämpfer des Vorkämpfers von Salvador, Guerrero, der zwar nur einen kleinen Staat vertritt, aber das persönliche Prestige eines Mannes besitzt, der schon ein Jahr lang sein Land im Generalkongress vertreten hat. Guerrero brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß kein Mitglied der panamerikanischen Union sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Mittelstaates einzumischen das Recht hat. Diese deutliche Anspielung auf Nicaragua zwang nach einer lebhaften Debatte des amerikanischen Hauptdelegierten Hughes zu einer Stellungnahme. Er versicherte, daß die Vereinigten Staaten niemals die nationale Unabhängigkeit Nicaraguas hätten antasten wollen. Diese Erklärung wurde zwar sehr wohl aufgenommen, aber mit Hilfe seiner Getreuen setzte es Hughes durch, daß die weitere Debatte über den Antrag Guerrero auf die nächste panamerikanische Konferenz verschoben wurde, die in Montevideo im Jahre 1933 stattfinden soll. Man begnügte sich — ganz nach Generals Vorbild — mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die jeden „Angriffskrieg“ verdammt.

Das ist ein mageres Ergebnis nach all dem, was sich die Amerikaner in Mexiko, Nicaragua und anderen Ländern herausgenommen haben. Es ist den amerikanischen Delegierten gelungen, durch eine an Obstruktion grenzende passive Resistenz alle ihnen allzu unbenommen Beschlüsse zu verhindern.

Frankreich und Abrüstung

Sicherheit vor Abrüstung

Genf, 21. Febr. (Eig. Draht. d. V.) Das Ergebnis der Dienstagvormittags-Sitzung des Sicherheitskomitees in Genf war entschieden magerer als das des Montags. Weder der Vertreter Italiens noch der französische Vertreter Paul Boncour rüdten sich nur einen Finger breit von der bekannten bisherigen Einstellung ihrer Länder ab.

Der italienische Vertreter schloß sich hinsichtlich der Schiedsgerichtsbarkeit dem englischen Standpunkt an und wünschte für den Völkerverbund Handlungsfreiheit.

Paul Boncour

hielt ein Plädoyer gegen die sofortige Abrüstung. Er versuchte zu beweisen, daß weder die Sicherheit Europas noch die der Welt so weit gesichert sei, daß man sich abrüsten könnte. Sicherheit und Abrüstung bildeten ein einheitliches Ganzes, wobei die Sicherheit voranzugehen habe. Aufgabe des Sicherheitsausschusses sei die Ausarbeitung einer weltumspannenden Friedenssicherung als Voraussetzung der Abrüstung regionaler Sicherheitsverträge. Unter Voraussetzung der Ausführung des polnischen Delegierten und das Gutachten des griechischen Politis forderte Paul Boncour als Voraussetzung der Abrüstung regionale Sicherheitsverträge mit materieller Unterstützung gegen Anreize. Wegnahme des Angriffsrieges und Ausbau der Sanktionsbestimmungen. Einer allgemeinen Schiedsgerichtsbarkeit könne Frankreich beitreten, wenn hinter ihr die Sanktionsdrohung stehe.

Der finnische Vertreter trat dann für den norwegischen Gedanken eines allgemeinen Schiedsgerichtsverbandes ein, und bekräftigte die deutschen Vorschläge als technische Maßregeln zur Krisenverhinderung.

Am Nachmittag fand keine Sitzung des Komitees statt. In offiziellen Besprechungen versuchte man die bestehenden Differenzen auszugleichen.

Wie aus Paris gemeldet wird, befaßte sich der Temps ausführlich mit den Arbeiten des Sicherheitskomitees. Aus den Reden des deutschen und des englischen Delegierten geht hervor, daß die englische und die deutsche Regierung ihren Standpunkt unverändert aufrecht erhalten wollten. Deutschland scheine nicht bereit, den Abschluß von Regionalverträgen zu fordern. Das Blatt bespricht hierauf die Vermehrung der regionalen Abkommen nach dem Muster des Locarno-Vertrages als einzige Garantie für die Sicherheit. Das Genfer Komitee müsse daher einen Mustervertrag ausarbeiten, der vom Völkerverbund ohne Einschränkung gebilligt und von der Völkerverbundversammlung allen Staaten zur Annahme empfohlen werden könnte.

Belgien und die Verständigung

Kühler Ton der sozialistischen Regierung

Brüssel, 21. Febr. (Eig. Draht.) Der Senat behandelte am Dienstag den Etat des Ministeriums des Neuens. Bei dieser Gelegenheit hielt der Außenminister Homans ein Referat über die internationale Lage. In dem er sich im wesentlichen an die bisher veröffentlichten außenpolitischen Linien hielt und nicht viel Neues sagte, weichen Inhalt und Ton seiner Ausführungen doch unannehmlich von dem ab, was man in den letzten Jahren von Außenminister Vandervelde zu hören Gelegenheit hatte. Sowohl seine Ausführungen über die Beziehungen zu Deutschland, sowie seine Bemerkungen über die Friedensbestrebungen des Völkerverbundes ließen an Wärme und Ueberzeugungskraft viel zu wünschen übrig.

In Bezug auf die Rheinlandsräumung betonte der belgische Außenminister zunächst, daß bisher weder direkt noch indirekt ein Schritt in dieser Frage gemacht worden sei. Andererseits habe sie die bestimmteste Versicherung, daß in dieser Frage ohne die befristete Zustimmung nichts geschehen würde. Zur Sache selbst sagte Homans, daß die belgische Regierung es nicht ablehnen würde, etwaige Verbesserungen in der Ausführung der Friedensverträge zu prüfen, daß aber Vorsicht und Wachsamkeit geboten seien. Belgien lasse sich in seinen Beziehungen zu Deutschland von dem Geiste von Locarno leiten und habe das auch durch Zurückziehung eines Teils seiner Besatzungstruppen und durch Abschaffung der Besatzungsmethoden bewiesen, aber man dürfe nicht vernachlässigen, daß die Rheinlandsräumung den Zweck habe, die Durchführung des Friedensvertrages in Bezug auf die militärische Sicherheit als auch in Bezug auf die Leistung der Reparationszahlung zu garantieren. Es sei Sache Deutschlands, das die Rheinlandsräumung dringend fordere, genaue Vorschläge zu machen, die geeignet wären, diese Garantien für die Sicherheit und Reparationszahlungen durch andere zu ersetzen. Sobald Deutschland solche Vorschläge mache, werde die belgische Regierung nicht zögern, sie im Einvernehmen mit den früheren Verbündeten im Geiste der Objektivität und der Gerechtigkeit zu prüfen.

Jud Süß

Roman von Lion Feuchtwanger

Copyright by Drei Masken Verlag A.G. München.

(Fortsetzung.)

Süß hatte wirklich die Absicht, sich in Wildbad zu erholen, aussurufen. Er hatte zwei gefährliche, aufregende Affären hinter sich. Einmal die Einführung des Stempelsteuergesetzes in der Kurpfalz. Der Kurfürst hatte sich eine verdammt hohe Pacht zahlen lassen. Das Volk hatte sich gegen die neue Steuer gewehrt wie ein bissiger Hund. Jenu, er hatte sich nicht einschüchtern lassen, er hatte wider die Beschimpfungen, Drohungen, Aufläufe vor seinen Häusern, Pasquillen, Tätlichkeiten das Siegel und die Handschrift des Kurfürsten, er hatte von seiner Schrift kein Wort abgelaßen, und das hatte sich auch gelohnt, er hatte den Vertrag mit einem Gewinn von zwölftausend Gulden weiterverkauft. Und er hatte sich denn nicht etwa Ruhe gegönnt, nein, die zwölftausend Gulden mußten sofortig weiterarbeiten. Entschlossen, schnell und gesammelt — man ließ ihm nur zwei Tage Bedenkzeit — war er in den Münzafford mit dessen-Darmstadt hineingekommen. Ein gefährliches Geschäft. Sein Bruder, der Baron, der Getaupte, der doch in Darmstadt zu Hause war und das Terrain genau kannte, hatte es nicht gemacht; selbst Jaak Landauer hatte mit dem Kopf gewackelt und sein Vögelchen eingestrichelt. Die Rentämter von Baden-Durlach, Ansbach, Waldeck, Fulda, Wehringen, Montfort waren erbitterte Konkurrenten und prägten, was sie konnten. Noch schlechtere Münzen zu prägen, dazu mußte man verdammt kaltes Blut haben und eine Stirn, eifern bis zur Verzweiflung. Süß hatte sie. Und wußte auch dieses Geschäft mit Profit und zur rechten Zeit abzuschließen. Mochte sich jetzt kein Nachfolger mit den tauenden Widerwärtigkeiten herumschlagen. Er war gebettet durch ein Dutzend der Landratsräte, er war mit gutem Profit, in Gnaden, aus seinen Diensten entlassen worden. Jetzt hatte er sein schönes Haus in Frankfurt, in Rannheim, beide schuldenfrei, dazu gewisse Liegenschaften, von denen niemand eine Ahnung hatte, in den östlichsten Teilen des römischen Reiches. Kapital, Verbindungen, Titel, Kredit. Den Ruf eines findigen Kopfes, einer glücklichen Hand. Er durfte sich, weiß Gott, Ruhe und ein Leben aus dem Vollen gönnen. Er wollte der Welt zeigen, wer der künftige Oberhof- und Kriegsfürst war. Der Luxus selbst seiner Ruhe wirkte ja für sein Geschäft, empfahl ihn den großen Herren.

tigkeit zu prüfen. Besonders wichtig wären dabei die Garantien, daß Deutschland seinen Verpflichtungen in den entmilitarisierten Zonen nachkomme. Die Garantien in Bezug auf die Reparationen seien insbesondere auch im Hinblick auf die Wahrung in Deutschland zu der Herabminderung der Leistung erforderlich. Im Laufe seiner Rede forderte Homans die Einlösung der 6 Milliarden Passivmark, die von der deutschen Regierung in Belgien in Umlauf gebracht wurden und die heute wertlos sind. Deutschland habe eine derartige Verpflichtung verschleiernd anerkannt, aber bisher nichts zu seiner Einlösung getan.

Erneuerung des Saarstatuts

Das französische Handelsministerium meldet, daß die Verhandlungen über die Erneuerung des Saarstatuts zum Abschluß gekommen sind, nachdem die beiden letzten Punkte hinsichtlich der Zusammenlegung des Gerichtes bei civil Streitigkeiten hinsichtlich des Rechtes für Deutschland, dem Saargebiet neue Zollfundungen zu gewähren, geregelt wurden.

Die Tanagerverhandlungen abgeschlossen

Meldungen aus Madrid zufolge sind die französisch-spanischen Tanager-Verhandlungen nun tatsächlich zum Abschluß gekommen. Spanien erhält danach entsprechend seinen Forderungen, die ihm allerdings weitausgehend beschnitten wurden, einen größeren Platz in der Kolonie und der allgemeinen Verwaltung. Es werden nunmehr Verhandlungen in London und Rom angesetzt, um deren Zustimmung einzubolen.

Freigabebill und Steuernotwendigkeit

Der Beschluß der Freigabe des im Kriege beschlagnahmten Eigentums der Angehörigen ehemals feindlicher Staaten bedeutet die sofortige Rückgabe von 80 Prozent des beschlagnahmten fremden Eigentums. Es dürfte sich hierbei um insgesamt 800 Millionen Mark und außerdem um eine Summe von 100 Millionen Dollar als Entschädigung für beschlagnahmte Schiffe, Patente und Funktionen handeln. Die ehemals regierenden deutschen Fürstentümer sind von den Entschädigungen ausgeschlossen. Nach Deutschland dürften allein weit über 500 Millionen des zurückzahlenden Geldes gelangen. Die Steuerbehörde haben alle Ursache, sich um diesen Vorgang zu kümmern. Hier hat unseres Erachtens eine Aufrechnung stattzufinden, zumal die Firmen, die nach der Freigabe durchaus in der Lage sind. Das Reich hat jedenfalls alle Veranlassung, von sich aus bald die Initiative zu ergreifen. Geht es nicht, dann dürfte die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika bald auch ernste innerpolitische Bedeutung erlangen.

Das Schulgesetz als Köder

Deutsche Volkspartei und evangelischer Oberkirchenrat

Berlin, 21. Febr. (Funddienst.) Der Vorsitzende der volksparteilichen Reichstagsfraktion, Dr. Scholz, sprach in Königsberg über „Volkspartei und evangelische Kirche“. Im Verlauf seiner Ausführungen stellte Scholz fest, daß die Volkspartei während der ganzen Beratung des Schulgesetzes in direkter Verbindung mit dem Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrates und seines Stellvertreters standen haben. Die Haltung der Volkspartei habe fast immer ohne Ausnahme der Haltung des Oberkirchenrates der evangelischen Kirche entsprochen. Nur in der Frage der Simultanschule habe der Präsident des Oberkirchenrates abgetrennt, das Reichsschulgesetz daran nicht scheitern zu lassen. Dieser Auffassung oder habe sich die Volkspartei nicht anschließen können. In Wirklichkeit hat die Volkspartei von vornherein nicht ernsthaft daran gedacht, den Reichsschulgesetzentwurf zum Abschluß zu bringen. Das Gesetz war lediglich ein Köder für die Masse.

Die Kommunisten fälschen

Die kommunistische Presse glaubt anlässlich des Hamburger Wahlereignisses triumphieren zu können: „Kommunistischer Vorkampf — sozialdemokratischer Stillstand“. In Wirklichkeit haben die Kommunisten bei der letzten Hamburger Wahl nicht einmal ihre Stimmen vom Jahre 1924 erlangt, während die Sozialdemokratie ihre Wählerzahlen von 1924 weit überbietet hat. Die Behauptung der Roten könne nicht dadurch in ihrer Gesamtheit verteidigt werden: „Sozialdemokratischer Vorkampf — kommunistischer Stillstand“.

Großadmiral von Köpfer gestorben

Berlin, 21. Febr. Der frühere Großadmiral Hans von Köpfer ist heute vormittag im Alter von 84 Jahren in Kiel gestorben.

Königsbesuch in der deutschen Republik

Der König Amanullah von Afghanistan, des Landes Herrscher in Persien und Indien, wird heute in Berlin erwartet. Amanullah kommt aus der Schweiz. Dort hat sich sein Aufenthalt länger als erwartet wurde. Angeblich haben ihn ernste Sorgen um die von einem französischen Schneider gelieferte Geländekarte über die deutsche Reichsgrenzen herbeigeführt. Der Zweck seiner Reise nach Deutschland ist Geschäft, nicht große Politik, Einkauf für Afghanistan.

Der Besuch ist also von seiner politischen Bedeutung, das heißt nicht um Politik, sondern um Repräsentation. Amanullah hat seinen Aufenthalt in Berlin — das hat ernste diplomatische Sorgen allen hervorgerufen, die noch etwas von gestern sind. „Was soll er hier machen, und wie soll er wohnen?“ Auch in der bürgerlichen Welt lange vor seiner Ankunft eine Debatte darüber geführt worden, man einen lebhaften König nicht wie andere Reisende in ein Hotel wohnen lassen könne. Ein Schloß müßte es sein. Also hat die Reichsregierung das den Hohenzollern gehörende Altes Schloss in der Wilhelmstraße für Amanullah, König von Afghanistan, gemietet. 60 Zimmer sind für den König und sein Gefolge einbestimmt worden.

Es gibt Leute in Deutschland, die der Ansicht sind, daß die deutsche Republik nicht streng und einfach auftreten soll, sondern groß, prunkvolles Zeremoniell — trotz der Armut Deutschlands — trotz der drückenden Reparationsverpflichtungen, trotz der Meinungen, die ein prunkvolles republikanisches Zeremoniell in den Ländern über die deutsche Leistungsfähigkeit herbeizurufen. Also wird das neue Zeremoniell an Amanullah, König von Afghanistan geübt werden.

Die Wilhelmstraße, Präsidentschloß und Reichsschloß und mit ihnen die amtlichen Gebäude, tragen alle schmerzhaften Plagen der Republik, mancher brave Berliner Bürger eifert. Nur wir hoffen, daß beim kommenden Verfassungskongress die deutsche Republik nicht vererbt wird, was jetzt dem König Amanullah gemietet werden ist.

Es gibt in Berlin Neugierige genug, die sich von einem hoffigen König und noch dazu von so weit her, ein Schloß sprechen. Sie sind in der Stimmung dazu — am Ausgange der Gasse. Wilhelm in Doorn dürfte inzwischen vor Reichstag und Reichspräsidenten in Berlin sein.

Hindenburgs parlamentarische Kinder

In einer Betrachtung der deutschnationalen „Süddeutschen Zeitung“ über die parlamentarische Situation lesen wir: „Wenn der Reichspräsident es will, so werden die parlamentarischen Kinder auch artig sein und ihre Aufgaben machen, ehe ihnen das Osterfest die eher vornehmlich mehr ererbten Wählerstimmen bringt.“

Der Reichspräsident hat in der Tat die parlamentarischen Kinder, die bisher den famosen Beschützerbrot nicht haben, unter Druck gesetzt und ihnen befohlen, wenigstens bischen artig zu sein, statt häßlich und wild miteinander zu jense Randen. Daß eine deutschnationalen Zeitung aus rund 100 Personen hatte deutschnationalen Reichstagsparlamentarische Kinder“ anspricht, ist wert, festzuhalten zu werden.

Das Zentrum und Dr. Wirth

Wir haben gestern eine Berliner Meldung wiedergegeben, nach auch im badischen Zentrum einflußreiche Kräfte am Reichspräsidenten Dr. Wirth zur nächsten Reichstagswahl nicht mehr dabei auszusitzen. Daß dieser Meldung Tatbestand zuzurechnen, beweist die heutige Ausgabe des Badischen Beobachters. Blatt redet in seiner Berichterstattung von allem Welt, es waat es aber nicht, zu behaupten, unsere Meldung ist die Zentrumsekte um die Herren Dr. Baumgartner, Justizminister Dr. Traut u. a. und im Grunde mit einem Teil des Reichspräsidenten Gegner einer weiteren Kandidatur Dr. Wirth, der übrigens es ziemlich leicht macht, gegen ihn vorzugehen. U. B. sei kurz gesagt, daß der Volksfreund auch in badischen Kreisen als eine zuverlässige Informationsquelle für die Orientierung im inneren Kampfe der Zentrumskräfte zu werden.

Neuer britischer Botschafter in Berlin

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph in den diplomatischen Kreisen werde allgemein erwartet, daß der britische Botschafter in Madrid, Sir Horace Kumbold, demnächst den Berliner Botschaftsposten erhalten wird.

„Sie kenne sich aus,“ erwiderte Jaak Landauer. „Sie die Pant von Enaland hält fester als der Liebeshauch eines lein Herzogs. Sie ist ofturiert, sie ist besser wie mancher fürst. Glaub mir, Reb Josef Süß.“

Süß verdaß den Wund. Was sagte er: Reb Josef Süß? Darum nicht: Herr Hofkammer oder: Kollega oder so? Schwer, mit dem Witz zu verkehren. Er kompromittierte sich. „Wenn der Herr so fallen läßt,“ sagte er nach einer Weile, „sie weria treten können. Sie ist im Verzornum angeschlossen und Konzentrat. Sie hat den Haß des ganzen Landes gegen sich.“

„Haß des Landes!“ sagte Jaak Landauer amüßert, schäbig, meigte den Kopf, lächelte sich mit den Fingern den Hals, verächtlich Ziegenbart, lächelte. Und Süß wüerte, er hatte, „Wer, so er was laugt, hat nicht den Haß des Landes gegen sich. Wer anders ist als die anderen, hat den Haß des Landes. Das Land hebt den Kredit.“

Süß wurde gereizt durch den friedfertig überlegenen Ton anderer. „Eine Sure,“ abspielte er, „seista, unfürstlich nieren, dazu fett und alt.“

„Gered, Reb Josef Süß,“ sagte Jaak Landauer gelassen. Ein Wort. Trösteten sich die tugendhaften alten adeligen Herren damit, die ihr neidlich sind. Hat auch die Königin Elisabeth nicht wissen können, ob sie nicht des Abassorus Korbweib werden saß. Reb Josef Süß, die Frau ist aut für fünfmalhunderttausend Gulden. Sie ist reich, sie weiß, was sie will. Sie nicht die Juden ausgelassen in ihre Dörfer und Herrschaften, aus Sentimentalität, bewahre. Aber sie ist klug, sie riecht, was ist, mit wem man reden kann, handeln, klar, und es kommt heraus. Fünfmalhundert? Sie ist aut bis zu fünfmalhunderttausend!“

Mittlerweile fuhr der Waagen beim Gasthof zum Stern in die bad. Vor. Der Sternwirt fürzte heraus, zog die Kappe. „Aber er den Kaitan Jaak Landauers sah, warf er patig hin. „Doch sein Judenwitz!“ und wollte in den Toraang zurück. Die blasse Sekretärin stieg von seinem Stuhl. „Das sind die Hofkammer Döppelheimer und Landauer,“ sagte er schief über die Äpfel, während er den Herren beim Aussteigen schon dienerte der Sternwirt mit tiefem Büßling neugierig Zimmer.“

Josef Süß hatte sich grimmig bemerkt bei den Grobbedienten Gezellen; aber er schritt schweigend neben Jaak Landauer her, lächelte der, auch vor einem gallionierten Geheimratred schon dienernte der Sternwirt mit tiefem Büßling neugierig Zimmer.“

Metallhütte Dr. Dannenberg & Co.
G. m. b. H.
Tel.-Adr. Metallurgie Telefon Nr. 1387

Unsere Erzeugnisse:
Dopp. raff. Hüttenweichblei Marke
M. d. K., Hüttenhartblei, Schrift-Metalle, Lager und Weismetalle, Lötzinne, Rotguß, Bronze, Zink

Bott-Ziegel Biberschwänze, Faizziegel
u. Faiz-Platten in naturrot und
schwarz engobiert
Seit Jahrzehnten bewährt

Gebr. Bott G. m. b. H. Tonwarenfabriken
Bruchsal (Baden) Fernsprecher 311, 312

Hart & Hertel
Holzhandlung
Sägewerk Hobelwerk

Rastatt
Leopoldstraße
Fernsprecher 521

Bauvertrieb G. m. b. H.
Baumaterialien-Grosshandlung

Karlsruhe (Baden), Glückstrasse 14
Telephon 4661

Kauft deutschen Betriebsstoff
B.V. Benzol - B.V. Aral

Tankstellen bei: E. & K. Karrer, Amalienstraße 25 a
Theodor Zwecker, Durlacher Allee 10
Friedrich Schöthalder, Breitestr. 27
Raab Karcher G. m. b. H., Rheinhafen

Baumaterialien-Grosshandlung Julius Graf & Cie.
Grünwinklerstr. 6 Karlsruhe Telefon 6928/6927

Alle Sorten Baustoffe, Dyckerhoff Zement, Wiplocher Dachziegel, Hourdis, feuerfeste u. Chamotte-Steine, Asphalt und Dachpappen usw., Steinröhren, Zementröhren, alle Kanalisations-Artikel

Ausführung von Plattenarbeiten, alle Sorten Boden- und Wandplatten für Hausgänge, Küchen, Bäder, Restaurants, Läden, Anlagen, Fabriken, Kirchen, Schulen

Fahrschule
Dahlhofer & Hummel
Oststadt-Garage

Karlsruhe
Essenweinstr. 6-8
Telephon Nr. 5677

Murgalbrauerei A.-G.
vorm. A. Degler
GAGGENAU

Das gute
Degler-Bier

Bauhütte Karlsruhe
Gemeinn. Bauges. m. b. H.
Büro: Marienstr. 96
Lager: Rotteckstr. 17
Telephon 5200

Bauausführungen all. Art
Übernahme ganzer Bauprojekte bis z. schlüsselfertigen Herstellung

Besondere Preisermäßigung bei Reparaturen in den Wintermonaten

Carl T. Herrmann & Co.
Bank
Baden-Baden, Sofienstr. 8
Telephon 101 und 704

Besorgung aller bankgeschäftlichen Transaktionen

Schnittwaren
aller Art für Bau- u. Schreinerzwecke empfohlen

Sägewerke B.-Baden G. m. b. H.
B.-Baden-Geroldsau Fernruf 261

Gustav Siegrist
Tel. 5283 Karlsruhe Tel. 5283

Bau-Unternehmung für Hoch-, Tief-, Eisenbetonbau Wasserkraftanlagen

Bankhaus
Veit L. Homburger
Karlsruhe i. B. Karlstrasse 11

Telephon:
Ortsverkehr 35 36 4391, 4392
Fernverkehr 4393, 4394, 4395

Gegründet 1854 Postscheckkonto Nr. 36

Handel und Industrie

Trinkt Milch
von der
Milchzentrale Karlsruhe
G. m. b. H.
Lauterbergstraße 3

Verkauf durch die uns angeschlossenen 80 Milchhändler

Steter Eingang in Neuheiten wie
Kinder- und Damen-Mäntel
Kleider, Kostüme und Strickjacken
Knaben- und Herren-Paletots
Knaben- und Herren-Anzüge
Gummimäntel etc.
Berufskleidung jeder Art

Trinkt Franz-Bier

Rastatt, Telephon Nr. 4

Gebr. Blechner nachf. Rastatt

Wanderer-Wagen
8-40 offen und geschlossen
Der gute Qualitätswagen
sofort lieferbar

Autohaus Peter Eberhardt
Karlsruhe, Amalienstraße 57, Telephon 723/24

Badische Girozentrale Karl-Friedrichstr. 1
Zentralanstalt Karlsruhe - Öffentliche Bankanstalt
Drahtanschrift: Kommunalbank Fernsprecher Nr. 3503-3507

Gewährung von Krediten auf erste Sicherheiten - Laufende Rechnung bei zeitweiser Verzinsung - Diskontierung einwandfreier Geschäftswechsel - Einziehung von Wechseln, Schecks usw., auf das In- und Ausland - Besorgung von Börsengeschäften jeglicher Art - Sorten- und Devisenverkehr - Ueberweisungen innerhalb des Reichsgebietes ohne besondere Spesen - Annahme von Depositen, kurz- und langfristig zu günstigen Konditionen

Heinr. Rausch
Karlsruhe (Bad.) Telephon 3477-3478
Büro: Stefanienstraße 86
Lager: Oberfeldstraße
(Neues Industriegelände)

liefert
Bauholz nach Liste
Latten, Bretter
Fußböden usw.

Magnetapparate
Zündkerzen / Komb.
Zündlichtanlagen für
Motorräder / Fahr-
richtungsanzeiger

Unterberg & Helmle
Fabrik elektr. Apparate
Karlsruhe i. B., Ritterstr. 13-17

sind unbestreitbar die
billigsten Qualitäts-Möbel

Verkaufsstellen:
Karlsruhe, Mannheim, Pforzheim, Rastatt, Freiburg, Konstanz, Frankfurt a. M. und Stuttgart

Südd. Möbel-Industrie
Gebrüder Trefzger G. m. b. H., Rastatt

BANKHAUS
STRAUS & CO.
KARLSRUHE

BADISCHE BANK

MANNHEIM Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen KARLSRUHE

KARL DÜRR HOLZ- UND KOHLEN-HANDLUNG
Degenfeldstraße 13 Telephon Nr. 499

KAUFT HAID & NEU-NÄHMASCHINEN

SIE VEREINEN 70 JÄHRIGE ZUSAMMENARBEIT VON INGENIEUREN u. ARBEITERN UND SIND GEGEN GERINGE ANZAHLUNG u. BEQUEME MONATSRATEN ZU HABEN

Veranstaltungen

Startfeier im „Kühlen Krug“. Die alljährlich schwingt sich aus dem grauen Wintermorgen verjüngt das Startbierfest der Brauerei...

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 175, Gef. 7; Rehl 316, Gef. 4; Maxau 522, Gef. 23; Mannheim 490, Gef. 53.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Begräbnisse. 17. Febr.: Laura Jahn, alt 50 Jahre, Schmelberg, ledig. — 18. Febr.: Barbara Wessert, alt 62 Jahre, Ehefrau von Franz Wessert, Obermeister. Begräbnis am 22. Febr., 14 Uhr.

am 23. Febr., 14.30 Uhr. Gedwig Dehrle, alt 78 Jahre, ohne Beruf, Begräbnis am 23. Febr., 12 Uhr. Franz Lutz, Werkmeister a. D., alt 84 Jahre. Begräbnis am 23. Febr., 11 Uhr.

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte. Das kontinentale Hochdruckgebiet behält seinen Einfluss über die Gegend. Eine Herabsetzung des trockenen Wetters ist hier vorüberhand nicht in Aussicht.

Uraufführung. Nur noch heute und morgen: RESI Der letzte Erzherzog. Ein Spiel nach Lachen und Weinen in sechs Akten nach einer Idee von Robert Land.

Volkstrauertag! Zu Ehren der im Weltkrieg Gefallenen und zum Gedächtnis unseres 1. Reichspräsidenten Friedrich Ebert dessen Todestag am 28. Februar zum drittenmal fährt, findet am 4. März ds. Js., vormittags 11 Uhr unter Mitwirkung des Arbeiterlängertariffs und der Reichsbannerkapelle, auf dem hiesigen Ehrenfriedhof eine Trauer- und Ebert-Gedächtnisfeier statt.

Israelitische Gemeinde Karlsruhe Bekanntmachung. Die Erneuerungswahl der Mitglieder des Synagogengerates und der Gemeindevorsetzung.

Echten Yoghurt aus täglich frisch gemolkenem Vorzugsmilch zum Preis von 2 Pf. Glas frei. Milch-Anstalt Mayen Ruppurrerstraße.

Deutscher Verkehrsband Bezirksverwaltung Karlsruhe Büro: Schützenstraße 16. Samstag, 25. Februar 1928 findet abends 8 Uhr im „Volkshaus“, Schützenstraße 16, unsere jährliche General-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt:

Badisches Landestheater Mittwoch, 22. Februar 7. Vorstellung der Schülernieche von Schiller. In Szene gesetzt von Fritz Baumgärtel.

Prov.-Vertreter zum Zweck von Privatbankrott von alljährlich leitungsfähigem Zuschuss gegen hohe Vergütung sofort gesucht.

Pflaumen-Mus Nr. 10 Pf. - Postamt N. 370 Nr. 25 Pf. - Postamt N. 720 Versand ab hier Nachnahme Erich Menckmann Mandenburg S 493

KAMMER-Lichtspiele zeigt Einen der bestgelungensten Operettenfilme der letzten Jahre Die Frau im Hermelin nach der bekannten Operette von Jean Gilbert.

Pfannkuch Teigwaren mit Dörrobst sind ein beliebtes Mittagessen. Besonders preiswert: Eierbruch-Makkaroni 56 Pfennig.

Vor-Anzeige! Kühler Krug Sonntag, den 26. Februar Starkbier-Fest! Sinner-Ratsherrn-Bräu!

Sür Wohnungsberechtigte! Manfardenzimmer Küche und Keller zu verm. Marienstr. 27. 2002 Manfardenzimmer beschlagnahmefrei, aus 3 Zimmern und Küche bestehend in guter Zentrumslage.

Die Sargfabrik der Gemeinnützigen G. m. b. H. Karlsruhe, Durlacher Allee Nr. 58, Telefon 5423, liefert Särge in Tanne und Eiche, von einfachster bis feinst. Ausführung. Ständig großes Lager.

Mischobst I Pfund 1.- Mark Mischobst II Pfund 70 Pfennig. Pflaumen mit und ohne Steine Aprikosen, taif. Birnen und Pfirsiche.

Colosseum Waldstr. 16 Telefon 5599 Bis 29. Februar täglich 8 Uhr Die große REVUE Das lebende Magazin H. Aselage

Ein Mantel verkauft am Sonntag abend im Volkshaus. Täglich unter Nr. 1080 an das Volksfreundbüro.

Rastatter Anzeigen. Holzabfuhr aus dem diesjährigen Heibschlage (Kleinbräu) auf weiteres verboten. Rastatt, den 20. Februar 1928. Der Oberbürgermeister.

Pfannkuch Fahrrad Gebrauchte und zurückgekauft 1529 Rets am Lager R. Denner, Kaiserstr. 5

Verkauf! 2 fast neue Bettstellen, 2 Federbetten, 1 Vertikal, 1 Paar und neue Herrenschürftel, Größe 45, 1 Diwan und sonst verschiedenes Anzulegen von 1-6 Uhr nachmittags 499 Hoonstr. 22, Stb. 2 St.

Stadt. Musikdirektion B.-Baden Kurhaus - Gartensaal Donnerstag, den 23. Februar 1928, 20 Uhr Die große KONZERT des Vereins zur Pflege des Mandolnenspiels Leitung: Franz Zitterbart Eintrittspreis 50 Pfg.

Im Zeichen des Steinbocks! Ich behandle die Klienten richtig. Ich bin der Schuhdoktor. Meine Medizin heilt und wirkt sofort. Falsch behandelte Schuhe werden brüchig und verderben bald, wenn nicht die richtige Arznei eingreift.

Echten Harzer Käse Harzer Käsefabrik August Düfel 674